

# Solothurner Sozialfilz

Der Kanton Solothurn hat die Fürsorge professionalisiert und zentralisiert. Statt dass Kosten eingespart werden, laufen diese aus dem Ruder. Simple Grundsätze der Rechnungsführung werden chaotisch missachtet. Die Sozialindustrie profitiert, begünstigt durch einen dichtgewobenen SP-Filz. *Von Philipp Gut*

Wie lassen sich die steigenden Fallzahlen und die wachsenden Kosten in der Fürsorge reduzieren? Der Kanton Solothurn sah sich als Pionier, als er vor einigen Jahren das Sozialhilfesystem tiefgreifend umkrempelte. Zuständig sind nicht mehr die Gemeinden. Man schuf gänzlich neue Verwaltungseinheiten, die sogenannten Sozialregionen, in denen jeweils mehrere Gemeinden zusammengefasst sind. Die Profis in diesen neuen bürokratischen Schaltzentren lösten die kommunalen Angestellten und die lokalen Milizpolitiker ab. «Professionalisierung» und «Zentralisierung» lauteten die Stichworte. Den Stimmbürgern und Steuerzahlern versprach man verbesserte Qualität und geringere Kosten.

Ein gutes halbes Jahrzehnt nach der Einführung des neuen Systems lässt sich feststellen: Das Sozialwesen des Kantons Solothurn ist tatsächlich zu einem Modellfall geworden – aber ganz anders, als geplant und versprochen. Der Fall Solothurn zeigt vielmehr, wie man es gerade nicht machen sollte. Die Bilanz ist – trotz anhaltend guter Wirtschaftslage – ernüchternd: Es gibt deutlich mehr Sozialfälle als noch vor fünf, sechs Jahren. Und die Kosten sind geradezu explodiert.

## Bürokratisches Perpetuum mobile

Hinzu kommt, dass die neue, zentralistische Organisationsform die Gemeindeautonomie massiv beschnitten hat. Ein Eingriff mit Folgen: Es herrscht eine Art organisierte Verantwortungslosigkeit, ein bürokratisches Perpetuum mobile, das sich dreht und dreht und dreht. Politische Korrekturen, auch solche beim Budget, sind für die Gemeinden kaum mehr möglich. Die Sozialbürokratie regiert – und die Sozialindustrie profitiert, auch dank feingesponnener, SP-lastiger Filzstrukturen (wir kommen darauf zurück).

Nehmen wir das Beispiel der Sozialregion Olten, der neben der Zentrumsstadt auch die Einwohnergemeinden von Trimbach, Winznau, Wisen und Hauenstein-Ifenthal angehören. Im Jahr 2008 schlossen diese fünf Kommunen einen öffentlich-rechtlichen Vertrag ab mit dem Zweck, «ihre Aufgaben und Entscheidungsbefugnisse in den Bereichen Sozialhilfe, Vormundschaft, interinstitutionelle Zusammenarbeit und weiteren sozialen Aufgabstellungen» zusammenzulegen. 2009 nahm die Sozialregion Olten ihre Arbeit auf.

Wie die offiziellen Daten zeigen, sind die Fallzahlen fünf Jahre nach Beginn der Reform um rund ein Drittel gestiegen, ohne dass die Bevölkerung derart zugenommen hätte. Gab es 2008 gesamthaft noch 1490 Dossiers (Sozialhilfe) und Mandate (Kinder- und Erwachsenenschutz), so waren es 2013 bereits 1966. Das entspricht einer Zunahme um 32 Prozent. Die Zahl der Dossiers in der Sozialhilfe allein stieg von 994 auf 1325; ein Wachstum von 33 Prozent.

Einzelne Gemeinden verzeichneten sogar einen Zuwachs von zwei Dritteln oder mehr. Die kleine Gemeinde Winznau wies 2008 noch 38 Sozialhilfedossiers auf, 2013 waren es 62 (plus 63 Prozent). In Trimbach verdoppelte sich die Anzahl beinahe: von 217 auf 410 Dossiers (plus 89 Prozent).

In andern Sozialregionen sieht es nicht besser aus. Im kantonalen Durchschnitt stieg die Zahl der Dossiers und Mandate wie in der Region Olten um 32 Prozent, bei den Sozialhilfefällen betrug die Zunahme gar 36 Prozent.

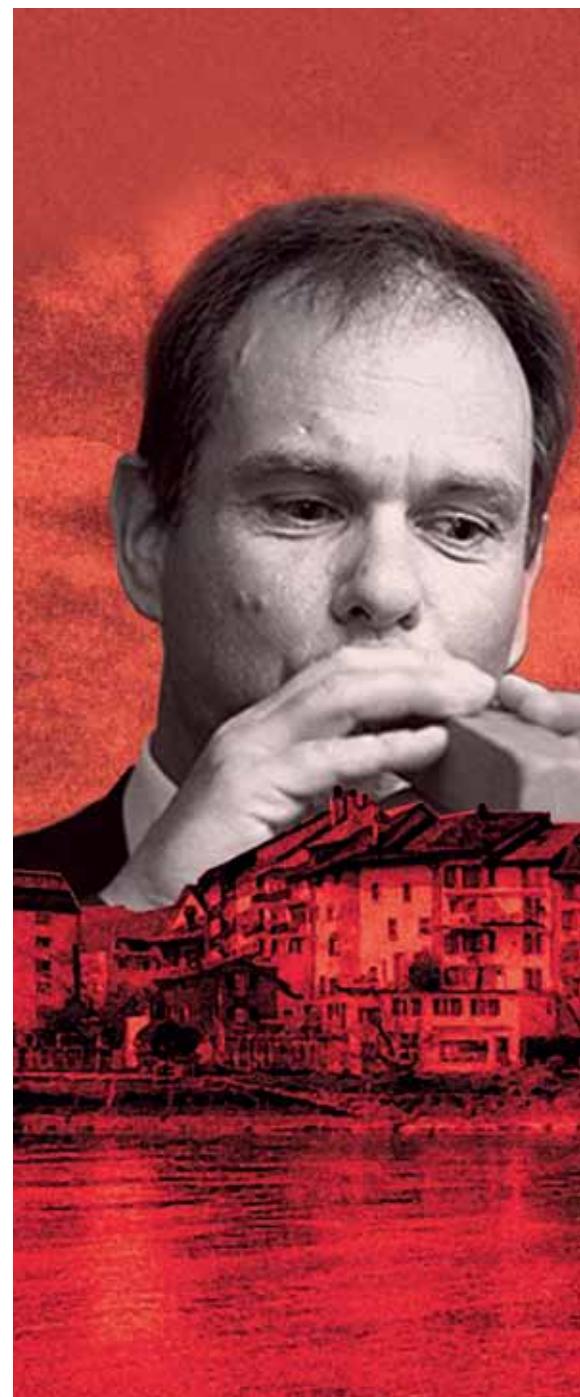
## Kostenexplosion von über 50 Prozent

Noch weit stärker stiegen die Kosten. 2009 zahlte die Sozialregion Fürsorgeleistungen von etwas über 21 Millionen Franken. 2013, also vier Jahre später, lag der Betrag bei mehr als 32 Millionen. Das ist ein Wachstum um deutlich mehr als 50 Prozent.

Einzelne Ausgabeposten sind sogar förmlich in die Höhe geschneilt. Die Kosten für stationäre Fremdplatzierungen stiegen von knapp 3,5 Millionen auf nahezu 8 Millionen Franken. Eine Zunahme von 129 Prozent!

Beunruhigend, aber bezeichnend für die Konstruktionsfehler des Systems ist die Tatsache, dass die Gemeinden mit unterdurchschnittlichen Fallzahlen rasch aufholen: Die Kommunen, die mehr in den regionalen Sozialtopf einzahlen, als sie selber benötigen, haben auch immer mehr Fürsorgefälle zu verzeichnen.

Schliesslich führten die wachsenden Fallzahlen zu einem stetigen Ausbau der Verwaltung. Dabei ist ein Mechanismus eingebaut, der automatisch zu mehr Stellen in der Bürokratie führt, wenn die Sozialfälle zunehmen. Der kantonal gültige Stellenschlüssel legt nämlich fest, dass auf 100 Dossiers 125 Stellenprozent kommen, die «lastenausgleichswirksam» abgerechnet werden können. Das heisst: Die Sozialregionen können ihre Verwaltungs-



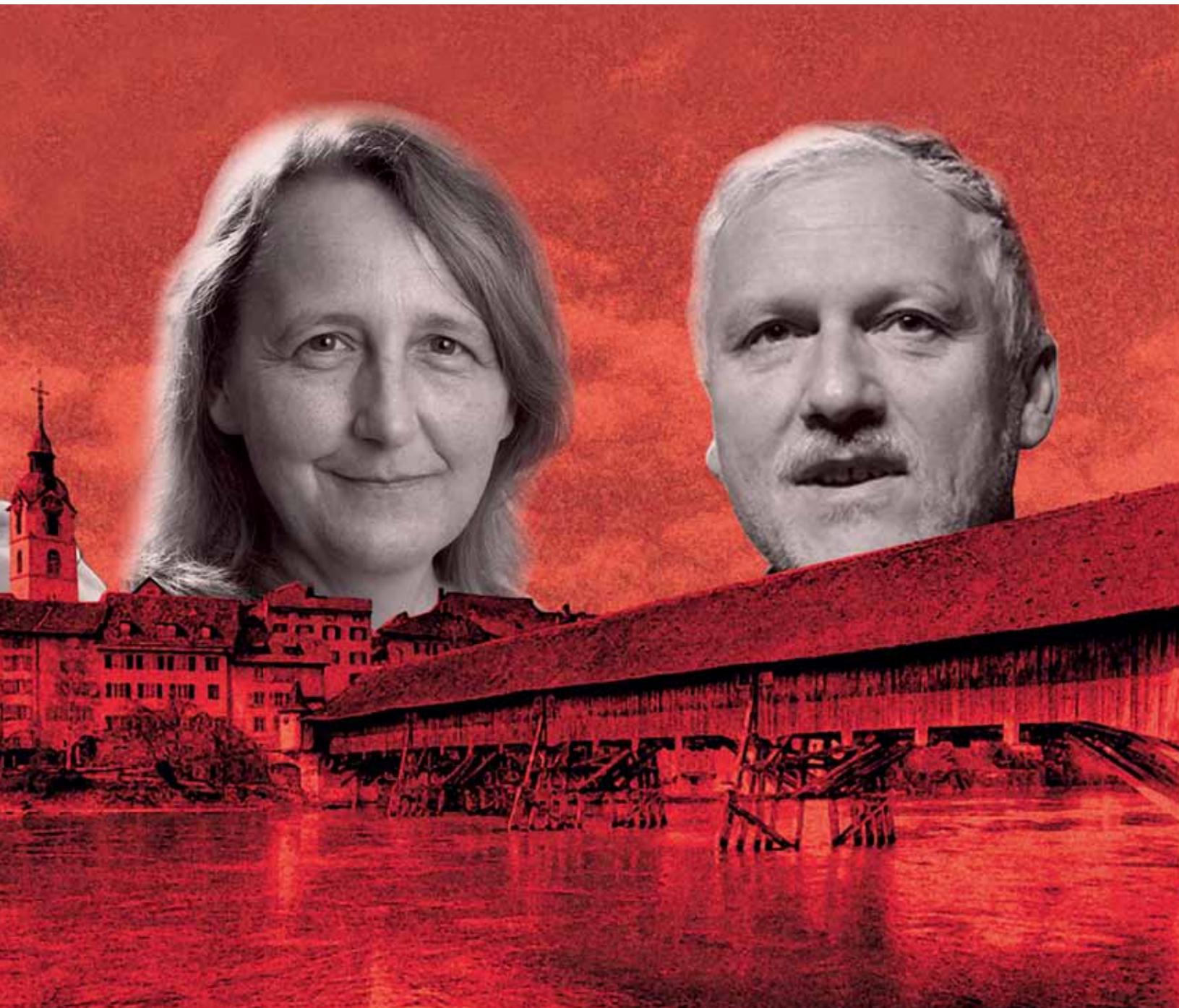
*Von Genosse zu Genosse: Peter Schafer, Brigitte*

stellen ausbauen, ohne dass sie dafür selber aufkommen müssten. Im Solothurner Sozialmodell zahlen immer die andern.

## Die Hälfte der Dossiers ist fehlerhaft

Diese rasante Steigerung der Fallzahlen und Kosten fällt umso mehr auf, als die Wirtschaft brummt und die Arbeitslosigkeit anhaltend tief ist. Damit hat sich das eine Versprechen, das bei der Einführung der Sozialregionen abgegeben wurde, nicht erfüllt, im Gegenteil: Die Ausgaben sind nicht gesunken, sondern markant gestiegen.

Aber auch die vielgelobte Professionalisierung hat nicht die gewünschten Effekte gebracht. Eine Untersuchung förderte grosse Mängel punkto Fallführung, Rechnungslegung und interner Kontrolle zutage.



Kissling, Peter Gomm (alle SP).

So legte die Sozialregion vier Jahre lang einfach keine Rechnung vor. Willkommen in der Blackbox. Der Geschäftsführer der Sozialregion Olten Hans Peter Müller sowie der verantwortliche Stadtrat und Sozialvorsteher Peter Schafer (SP) hielten das schlicht für unnötig,

---

### Die vielgelobte Professionalisierung hat nicht die gewünschten Effekte gebracht.

---

wie Schafer auf Anfragen aus dem Stadtparlament erklärte. Und als dann 2013 auf Druck der Legislative erstmals eine Jahresbilanz erschien, fand die Rechnungsprüfungskommission gravierende Fehler und Unterlassungen. «Bei rund der Hälfte der überprüften Fall-

akten wurden folgende Feststellungen gemacht», schreibt die Kommission:

«– Dossiers waren unvollständig, beziehungsweise zu einzelnen verbuchten Beträgen waren keine Belege vorhanden.

– Belege waren vorhanden, konnten jedoch nicht nachvollzogen werden, respektive verbuchte Beträge konnten nicht mit den ausgewiesenen Beträgen auf den Belegen abgestimmt werden.

– In den Dossiers waren zum Teil Belege vorhanden, welche nicht im System verbucht waren.»

Die Dossiers sollten «mit mehr Sorgfalt» geführt werden, mahnten die Prüfer. «Es muss sichergestellt werden, dass zu jeder Buchung ein entsprechender Beleg (Grundsatz: Keine Buchung ohne Beleg) vorhanden

ist. Aus dem Beleg sollte klar hervorgehen, welche Waren, Dienstleistungen etc. bezogen worden sind.» Nicht einmal diese einfachsten Regeln der Buchhaltung hielten die Sozialprofis demnach ein.

#### «Das Einmaleins beim Staat»

Die Missstände im neuorganisierten Sozialwesen waren so offenkundig, dass sogar Parteigenossen heftige Kritik an der Sozialregion Olten und an SP-Stadtrat Peter Schafer übten. Man sehe «wieder einmal klassisch, wie wichtig es ist, dass Rechnungen genau geprüft werden und Revisionen gemacht werden, weil durchaus auch mangelhafte Prozesse zum Vorschein kommen», sagte Christine von Arx (SP) in der Parlamentsdebatte letzten Herbst. «Ich muss sagen, dass ich erschüttert war, als

ich gelesen habe, dass fünfzig Prozent der Stichproben nicht korrekt geführte Dossiers waren.» Sie möchte dem Stadtrat und der Sozialregion ans Herz legen, «dass sie wirklich in sich gehen, ihre Abläufe prüfen und vor allem auch die Dossierführung. Das ist das A und O, das Einmaleins beim Staat», so die kritische Genossin weiter. «Wenn man dies nicht beherrscht, ist man am falschen Ort.» Wohl wahr.

Doch geändert hat sich bis heute kaum etwas. «Wir haben nie eine klare Antwort über die Ursachen erhalten», sagt Urs Knapp, FDP-Fraktionspräsident im Oltner Gemeindeparlament. SP-Sozialvorsteher Peter Schafer gilt als gewiefter «Teflonpolitiker», der alles an sich abprallen lässt und jede Kritik weglächelt. Es ist ein offenes Geheimnis in der Aarestadt, dass der Teilzeitlokomotivführer seit Jahren sein Amt genießt, ohne sich um lästige Details zu kümmern. Starker Mann im Sozialdepartement ist der erwähnte Hans Peter Müller, der auch die Geschäfte der Sozialregion Olten führt. Mit dem milden Schafer und dem forschenden Müller steht ein sich ergänzendes Duo an der Spitze der Oltner Sozialbehörden, welches das eigene Reich mit einem gewissen Machiavellismus geschickt verteidigt und Kritiker immer wieder auflaufen lässt.

Zu den Profiteuren des auswuchernden Oltner Sozialdschungels gehören neben der steigenden Zahl von Sozialarbeitern und Beamten auch eine Vielzahl von privaten Firmen oder Stiftungen. Die teils happigen Beiträge an diese im sozialindustriellen Speckgürtel angesiedelten Organisationen haben wesentlich zur fulminanten Kostensteigerung beigetragen.

Dabei kommen auffällig oft Genossen zum Zug, wie sich bei näherem Hinsehen zeigt. Sozialdemokraten dominieren die ganze Nahrungskette. Zuerst steht SP-Regierungsrat Peter Gomm, Vorsteher des Departements des Innern und Präsident der Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren. Auch Gomm ist ein Oltner, er war Mitglied des Gemeinde-

---

## Zu den Profiteuren gehören neben Sozialarbeitern und Beamten auch private Firmen.

---

parlaments und Präsident der SP-Bezirks- und Amtspartei. Eine Stufe tiefer kommt Peter Schafer, der zusätzlich zu seinem Amt als Oltner Sozialvorsteher für die SP im Kantonsrat sitzt.

### Firma der SP-Präsidentin boomt

Interessant wird es bei den Empfängerorganisationen, wo die Roten ebenfalls stark vertreten sind. Die grössten Aufträge der Sozialregion Olten erhält der Verein WG Treffpunkt mit Sitz in Trimbach, der verschiedene Sozialdienstleistungen wie betreutes Wohnen für



*Interpellation:* Matthias Borner (SVP).

Jugendliche anbietet. Im Jahr 2014 bekam er 1 480 000 Franken aus dem Steuergeldtopf der Sozialregion. Gründer des Vereins ist der Sozialunternehmer und Genosse Kurt Widmer.

Der grösste Beitrag im Bereich sozialpädagogische Familienbegleitung geht an das Sozialatelier in Olten. Dieses erhielt dafür im letzten Jahr 301 000 Franken von der Sozialregion. Gründerin und Geschäftsleiterin der privaten Firma ist Brigitte Kissling, Co-Präsidentin der Oltner SP-Stadtpartei. Die diplomierte Sozialarbeiterin kennt nicht nur die Genossen an den politischen und Verwaltungsschaltstellen, sondern auch die Bedürfnisse und Gepflogenheiten des Sozialstaates aus erster Hand. Bevor sie ihr Unternehmen gründete, arbeitete sie selber in der Oltner Stadtverwaltung, und sie sass für die SP auch im lokalen Parlament. Just auf die Einführung der Sozialregionen hin gründete Kissling im Jahr 2009 ihre offensichtlich sehr erfolgreiche und expandierende Einzelfirma. Diese hat neben dem Sitz in Olten Zweigstellen in Grenchen, Solothurn und Dornach eröffnet und ist zusätzlich in den Kantonen Aargau, Bern, Basel-Stadt und Baselland tätig. Meist im Auftrag des Staates. Und zu einem Stundenansatz von 120 Franken.

### Intransparente Vergaben

Eine Anfrage der *Weltwoche* zum Umsatz des Sozialateliers und dem Anteil staatlicher Gelder, wollte Brigitte Kissling nicht beantworten: «Leider ist es so, dass die Medien meistens unseriös und aus dem Zusammenhang gerissen berichten. Daher stehe ich einer Auskunft skeptisch gegenüber.» Transparenz scheint in Olten ein Fremdwort zu sein.

Diese starken linken Seilschaften bedeuten natürlich nicht a priori, dass die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung ihre Genossen in der Sozialwirtschaft systematisch bevorzugen. Theoretisch könnten die von diesen angebotenen Leistungen ja tatsächlich die besten und günstigsten sein. Aber auszuschliessen ist der böse Verdacht nicht. Das Fehlen der Belege,

---

## Im Modell der Solothurner Sozialregionen verschwimmen die Verantwortlichkeiten.

---

das die Rechnungsprüfungskommission festgestellt hat, zerstreut ihn jedenfalls nicht. Vor allem aber wird er durch die Tatsache genährt, dass selbst hohe sechsstellige Aufträge nicht öffentlich ausgeschrieben werden. Die Vergabe erfolgt stets freihändig, wie SP-Sozialvorstand Peter Schafer auf eine entsprechende Frage einer Interpellation von SVP-Gemeinderat Matthias Borner sagte.

Zur Begründung zitierte Schafer die Ausnahmebestimmungen des Submissionsgesetzes. Demnach müssen Aufträge nicht nach dessen Vorschriften vergeben werden, wenn «dadurch die öffentliche Ordnung oder die öffentliche Sicherheit gefährdet sind»; wenn «der Schutz von Leben oder Gesundheit von Mensch, Tier und Pflanzen es erfordert»; und schliesslich wenn «bestehende Schutzrechte des geistigen Eigentums verletzt würden». Im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes, der besonders kostspielig ist, werde das Gesetz über die öffentlichen Beschaffungen «somit nicht angewandt».

Das scheint reichlich weit hergeholt zu sein. Auf welche der zitierten Kriterien er sich dabei beruft, machte SP-Schafer nicht deutlich. Es bleibt der Eindruck, dass hier eine intransparente Praxis mit fragwürdigen Argumenten verteidigt und verschleiert wird.

### Olten als abschreckendes Beispiel

Die Misserfolge der Oltner Sozialpolitik sind exemplarisch. Sie illustrieren die schädliche Dynamik eines nur scheinbar professionellen Systems, das der Kontrolle und der Budgethoheit der Gemeinden weitgehend entzogen ist. Wer zahlt, befiehlt. Doch im komplizierten und unübersichtlichen Modell der Solothurner Sozialregionen verschwimmen die Verantwortlichkeiten. Die von der Leine gelassenen Sozialbehörden setzen eine Entwicklung des Immer-teurer und Immer-mehr in Gang. Die bestehenden Anreize und Entscheidungsstrukturen torpedieren jeden Sparwillen. Wer Geld ausgibt, wird belohnt. Das Ungeheuer gebiert immer neue Kinder. Wer spart, spart nicht für sich, sondern höchstens für die anderen. Das Solothurner Sozialexperiment ist lupenreine SP-Ideologie *in praxi*. Es scheitert krachend, aber bisher ohne grossen Widerhall. ○